

**Rainer Arnold**

(A) zen und Reserven. Sie haben vorhin die Sanitätssoldaten angesprochen. Sie brauchen keine Vorschläge, die nur Scheinlösungen sind. Wir bekommen nicht dadurch mehr Ärzte, dass wir den Sanitätsdienst der Streitkräftebasis zuordnen. All diese Punkte sind im Vorschlag der Weise-Kommission nicht sehr gut geregelt.

Herr Minister, unser Wunsch lautet: Sortieren Sie sehr sorgfältig, und teilen Sie der Truppe mit, dass das Konzept nicht vorsieht, alles zu verändern. Sie sollten der Truppe auch einmal sagen: Vieles, was ihr leistet, leistet ihr gut. Das gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Dann erst reden wir darüber, was verändert werden muss.

Letzten Endes bleibt es dabei: Der Umbau der Bundeswehr ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Finanzierung. Sie sind der Frage vorhin ausgewichen. Die Kanzlerin hat in Dresden auf die Frage von Journalisten gesagt: Es bleibt bei der finanziellen Vorgabe. Das ist eindeutig. Sie, Herr Minister, haben im September dieses Jahres in Ihrer Hauspostille gesagt: Es gibt keine Armee nach Kassenlage. Im Mai dieses Jahres haben Sie sich selbst dafür gelobt, dass man bei den Streitkräften endlich nach der Kassenlage vorgeht.

Wissen Sie, was das Schlimmste ist? Im Augenblick machen Sie Reformen ohne Kassenlage, freischwebend ohne Bezug zum aktuellen Haushalt, ohne Bezug auch zur mittelfristigen Finanzplanung. Den Soldaten der Streitkräfte und den Zivilbeschäftigten haben wir in den letzten acht Jahren bei Reformen schon sehr viel abverlangt. Vertrauen in weitere Reformschritte werden die Soldaten nur behalten, wenn sie sehen, dass die Reform materiell unterfüttert ist.

(B)

Angesichts der mangelnden finanziellen Untermauerung der Reform empfinde ich es als hämisch, wenn nicht gar zynisch, wenn Frau Merkel vorgestern bei der Kommandeurstagung den Soldaten entgegenruft, sie wünsche ihnen viel Spaß bei der weiteren Veränderung. So darf man mit den Menschen bei der Bundeswehr nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Die größte Herausforderung bleibt aber die Attraktivität des Dienstes. Auch hier gilt: Wenn wir das ernst nehmen, dann reicht es nicht, wenn man es in Sonntagsreden erwähnt. Wir sind sehr dafür, dass das Parlament in Zukunft mit einem Unterausschuss die Attraktivitätssteigerungen begleitet, die Regierung auch drängt.

Herr Minister, die Menschen bei der Bundeswehr leisten verantwortungsvoll ihren ernstesten, manchmal auch gefährlichen Dienst. Deshalb verdienen sie einen Dienstherrn, der nicht ständig über Wahrheit und Klarheit redet, sondern danach handelt und jetzt sagt, was kommen wird. Sie verdienen allerdings auch mehr als wohlfeile Versprechungen. Es kann nicht sein, Herr Minister, dass ihnen im selben Atemzug das versprochene Weihnachtsgeld wieder gestrichen wird. Das ist Teil der Politik dieser Koalition. Dies zerstört Vertrauen bei den Menschen, die für uns alle diesen schweren Dienst leisten.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Die Bundeswehr braucht einen Minister, der sich für ihre Belange einsetzt, sich um sie kümmert. Am Ende, Herr Minister, wird deutsche Sicherheitspolitik nur gelingen, wenn der zuständige Ressortchef auch streitbar für eine angemessene finanzielle Ausstattung eintritt und etwas erreicht. Herr Minister, am Ende wird die Reform nur gelingen, wenn sie finanziell unterlegt ist. Ihr Erfolg oder auch Misserfolg wird auch daran gemessen, was Sie diesbezüglich in den nächsten Jahren erreichen. Unsere Unterstützung, Positives für die Bundeswehr zu bewegen, werden Sie haben. Dort, wo dies nicht gelingt und wo es nicht seriös untermauert ist, werden wir es so kritisieren, wie es notwendig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun die Kollegin Elke Hoff für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Elke Hoff (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Einschätzung, die Herr Kollege Arnold hier gerade in bester Oppositionsmanier vorgebracht hat, kann ich überhaupt nicht teilen. Ganz im Gegenteil, Herr Arnold, ich finde, dass der Minister genau das gemacht hat, was wir als Parlament von ihm erwarten können. Er hat uns gesagt, was angesichts der demografischen Verhältnisse in Zukunft auf die Bundeswehr zukommt, was möglich ist und was nicht möglich ist. Er hat uns auch, wie es sich für einen verantwortungsvollen Minister gehört, dargelegt, was in diesem Zusammenhang machbar ist.

(D)

Ich darf Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass die Väter und Mütter unserer Verfassung uns die Verantwortung übertragen haben. In Art. 87 a des Grundgesetzes steht eindeutig, dass für Umfang und Struktur der Bundeswehr der Haushalt entscheidend ist. Das heißt, dass das Parlament darüber entscheidet. Ich finde, das ist ein Punkt, den man an dieser Stelle sehr deutlich zum Ausdruck bringen muss.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben eben für die Sozialdemokratische Partei reklamiert, dass sich der Minister, was den Umfang angeht, auf die Vorstellungen Ihrer Partei zubewegt. Ich darf daran erinnern, dass sowohl die CDU/CSU-Fraktion als auch meine Fraktion, die FDP, einen Umfang festlegen möchten, der in Zukunft den Anforderungen an die Streitkräfte vor dem Hintergrund des demografisch Möglichen gerecht wird. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir heute viel zu wenig beleuchtet haben. Was nützt es, wenn wir mit Zahlen operieren, die wir nachher nicht unterlegen können?

(Beifall des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP])

Elke Hoff

- (A) Die Truppe hat Klarheit verdient, und in dieser Klarheit müssen wir ihr sagen, dass sich Fähigkeiten zukünftig daran orientieren müssen, was machbar ist, aber auch daran, was sicherheitspolitisch verantwortbar ist. Auch diesbezüglich hat diese Bundesregierung ganz deutlich gesagt, wie sie sich die Zukunft der Bundeswehr vorstellt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Reform steht aus verschiedenen Gründen an. Ich bin sehr froh, dass wir – durch eine sehr gute Debatte übrigens – davon weggekommen sind, Sicherheitspolitik nach Kassenlage zu machen. Das haben auch Sie gefordert. Dann müssen wir jetzt aber auch dazu stehen und dürfen es dem Minister nicht vorwerfen, wenn er Einsparziele, die die Bundesregierung uns als Vorschlag unterbreitet, letztendlich nicht erfüllt. Es ist und bleibt unsere Verantwortung, darüber zu entscheiden, in welcher Größenordnung die Streitkräfte ihre Aufgabe wahrnehmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gilt jetzt der Finanzplan oder nicht?)

Bei einer Reform sozusagen bei laufendem Motor – da sitzen wir alle in einem Boot, weil wir gemeinsam die Streitkräfte in die Auslandseinsätze geschickt haben – müssen wir besonders Rücksicht darauf nehmen, die Ansprüche zu erfüllen.

- (B) Das, was heute insbesondere im Bereich der Fürsorge für unsere verwundeten Soldaten dargestellt wurde, wurde gemeinsam von der Bundesregierung und den Oppositionsfraktionen mit Ausnahme der Linken auf den Weg gebracht. Deswegen verdienen diese Bundesregierung und insbesondere der Minister unsere Unterstützung.

Es gibt eine saubere Definition der zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr. Es ist klar und deutlich, dass **Krisenverhütung und Krisenprävention** nach wie vor die vorrangige Aufgabe der Bundeswehr sind. Sie muss auch in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe wahrzunehmen. Natürlich gibt es Defizite, die zu beseitigen sind. Aber eine solche Geschwindigkeit, mit der Minister zu Guttenberg gemeinsam mit uns in diesem Jahr an die Aufgaben herangegangen ist, habe ich in den letzten vier Jahren, als wir in der Opposition waren, nicht erlebt. Dabei war die damalige Lage ähnlich schwierig. Ich bitte daher darum, die Kirche im Dorf zu lassen. Ich glaube, dass wir Ende bzw. Mitte nächsten Jahres unseren Soldatinnen und Soldaten Klarheit darüber verschaffen können, wie es weitergeht. Das war eine Forderung. Diese werden wir erfüllen. Ich bin sehr froh, dass der Kollege von der SPD – mir hat sehr gut gefallen, was Sie heute vorgetragen haben – deutlich gemacht hat, dass auch die Sozialdemokraten bereit sind, die notwendige Verantwortung in diesem wichtigen Prozess zu übernehmen.

Ich möchte an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundes-

ministeriums der Verteidigung, den Soldatinnen und Soldaten sowie dem Minister sehr herzlich dafür danken, dass endlich begonnen wird, den Reformstau, der das Ergebnis von vielen Jahrzehnten Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, zu beseitigen. Am Ende der Reise werden wir genauso wie heute stolz auf unsere Streitkräfte sein. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Omid Nouripour hat das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

**Omid Nouripour (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als die Bundeskanzlerin am Montag davon sprach, dass die Truppe endlich Spaß an der Veränderung empfinden müsse, musste ich an Helmut Kohl denken. Helmut Kohl hat 1993 ein Unwort, ein Wortungetüm geprägt, nämlich das vom **kollektiven Freizeitpark**. Ich glaube, dass diese Auffassung von unserer Bundeswehr das falsche Verständnis ist. Ich finde, dass man mit unserer Bundeswehr so nicht umgehen kann. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass man das Unwort „kollektiver Freizeitpark“ assoziiert, wenn man den Bericht der Weise-Kommission liest und sich die dort beschriebenen Zustände im Verteidigungsministerium vor Augen führt. Natürlich brauchen wir Veränderungen; das steht außer Frage. Entscheidend ist aber die Herangehensweise. (D)

Herr Minister, Sie haben in Dresden mit großem Pathos Veränderungen eingefordert. Sie wollen „die selbst auferlegten bürokratischen Fesseln“ sprengen. Sie wollen sich „auf die gemeinsame Führungsphilosophie besinnen“. Sie sind nicht angetreten, „um auf halber Wegstrecke stehen zu bleiben“. Sie fordern eine „Kultur der Transparenz, des Vertrauens und der Offenheit“. Abgesehen von dem Pathos und der Ergriffenheit, die diese Worte zum Ausdruck bringen, frage ich mich, was danach kommt. Ich sehe erst einmal nicht so viel. Die Reihenfolge Ihrer **Strukturveränderungen** macht keinen Sinn. Zuerst müsste über die Aufgaben geredet und eine Aufgabenkritik vorgenommen werden. Dann müsste über die Strukturen geredet werden. Daraus ergibt sich im Übrigen von selbst die Gesamtgröße. Schließlich kann man über die Standorte reden. Aber Sie machen das anders. Sie reden zuerst über die Wehrpflicht und nehmen einen ganz tiefen Einschnitt mit W 6 vor. Dann soll nach Ihrer Vorstellung irgendwann einmal – kein Mensch weiß, wann genau – die Wehrpflicht ausgesetzt werden. Dann reden Sie über die Gesamtgröße und die Standorte. Am Ende des gesamten Prozesses soll noch ein Weißbuch kommen. Das alles macht überhaupt keinen Sinn.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben die gesamte Reform auf den Kopf gestellt und haben sich vor allem um eine Aufgabenkritik herumgedrückt. Sie haben sehr viele große Überschriften produziert. Manche waren sehr fragwürdig. Sie haben